

Antrag an die studentische Vollversammlung der Universität Hamburg

Die Vollversammlung möge befassen, beraten und beschließen:

Studiengebühren sind inakzeptabel: Für die Fortführung des Verwaltungsgebührenboykotts

Wir rufen alle Studierenden auf, sich bei der Rückmeldung zum Wintersemester 2006/2007 am Boykott der Verwaltungsgebühren zu beteiligen und die entsprechenden 50 € statt an die Universität auf ein Treuhandkonto zu überweisen.

Die Fachschaftsräte und der AStA sind verantwortlich für die Organisation und Durchführung des Boykotts.

Der AStA ist aufgefordert, die notwendigen finanziellen Mittel zur Bekanntmachung des Boykotts durch Flugblätter und Plakate zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Für das Studium an der Universität soll es künftig heißen: Ellenbogen raus, zack, zack durchs BA/MA-Studium, inklusive stete Leistungskontrolle mit Credit-Points und Modularisierung, und eben Studiengebühren die zur Eile und Bravheit gemahnen. Rein ins Seminar, raus aus dem Seminar, Referatsgruppe kurzhalten, Mittagessen reinschlingen, Seminartext überfliegen, zur nächsten Veranstaltung hetzen, zu spät beim Job, in der Bibliothek darben...

Konkurrenz, Isolation und das Hinterherhecheln hinter dem fremdgesetzten Zweck der Profitmehring einiger weniger sind die wissenschaftsfeindlichen Konsequenzen dieser Politik und Gift für jede Art genußvollen und gemeinschaftlichen Erkenntnisgewinns.

Studiengebühren sollen dabei durch den sozialen und ideologischen Druck in besonderer Weise als Disziplinierungsmittel wirken.

So sollen schon jetzt die „Langzeitstudiengebühren“ und die „Verwaltungsgebühren“ die Studierenden von einem kritisch verantwortungsvollen Studium abschrecken, das verbunden ist mit Engagement in studentischen Organisationen, studentischer und akademischer Selbstverwaltung.

Die seit letztem Wintersemester erhobenen Verwaltungsgebühren sind Studiengebühren. Auch sie tragen dazu bei, die Bildungskosten zu privatisieren und Bildung zur Ware zu machen. Sie haben die spezielle Funktion, als Wegbereiter Akzeptanz für die allgemeinen Studiengebühren zu schaffen. Der solidarische Boykott der Verwaltungsgebühren ist ein klares Signal gegen diese Akzeptanz und eine aktuell notwendige Maßnahme gegen jedwede Gewöhnung an das Bezahlstudium. Er ist zugleich die konsequente Fortführung der Beschlüsse, Demonstrationen, Streiks und Proteste, der bisherigen Verwaltungsgebührenzahlung unter Vorbehalt sowie der erfolgreichen Urabstimmung für die Gebührenfreiheit und die adäquate Antwort auf die Zuspitzung des Wissenschaftssenators, trotz all dieses Widerspruchs allgemeine Gebühren gesetzlich verordnen zu wollen. Mit dem Boykott der Verwaltungsgebühren wird die beabsichtigte Wirkung der Isolation und Einschüchterung durch Solidarität und erweitertes kritisches Engagement beantwortet.

Die leider nur 547 Boykottierer im vergangenen haben nun nicht nur den Beweis angetreten, daß der Mut zum erweiterten Kampf für eine humanistische Entwicklung von Hochschule und Gesellschaft nicht wehtut (die Beteiligten erhielten noch vor der ersten Vorlesungswoche ihre Semesterunterlagen). Vor allem wurde deutlich, daß die Entscheidung gegen das Elend des Gang und Gäbe, gegen Alltagshetze, Bravheit und Einzelkämpfertum und für gemeinsame kritische Reflexion und solidarisches Handeln persönlich befreiend wirkt, weil der Horizont der eigenen Möglichkeiten kollektiver gesellschaftlicher Veränderung geweitet wird.

Diese neu fundierte Einsicht in die Zutreffendheit und humane Qualität einer solidarischen Alltagskultur die in umfassender Gegnerschaft zur Dekultivierungspolitik des rechten Senats steht, wollen wir hinkünftig mit verstärktem Nachdruck verbreiten und verallgemeinern. So kann die Verfaßte Studierendenschaft maßgeblicher Teil gesellschaftlicher Opposition werden, die der neoliberalen Politik in Hamburg ein Ende setzt.

Hierfür werden wir im Sommersemester den Boykott der Verwaltungsgebühren auf neuem Niveau wiederholen.